

Frauen und Männer aka Genderfrage

„In 70 Linienbussen in Israel wird inzwischen Geschlechtertrennung praktiziert“. ([Quelle](#): Spiegel online.)

„Eine alleinerziehende, berufstätige Mutter aus der saudischen Ost-Provinz hatte im Mai mehrere Tage in einem Frauengefängnis verbracht, nachdem sie mit dem Auto gefahren war.“ ([Quelle](#): Welt online)

„Intuitiv hält die Piratenpartei den progressivsten Standpunkt der sichtbaren deutschen Parteienlandschaft. Sie ist nicht in den 60ern stecken geblieben, sondern in der Postmoderne angekommen: Im geschlechterpolitischen [Dekonstruktivismus](#). Und dort ist sie genau richtig.“ ([Quelle](#): Pavel Mayer, Piratenpartei)

So einfach ist es nun wirklich nicht mit der Genderfrage. Die sogenannte „Postmoderne“ ist ein affirmativer Begriff, der nur verschleiern soll, dass die kulturelle Konstruktion des Geschlechts sich im Kapitalismus den ökonomischen Gesetzen desselben unterzuordnen hat. Oder: Die Frauen sind immer zuerst in der industriellen Reservearmee.

Zum „Dekonstruktivismus“ vgl. [Homi K. Bhabha](#), die „[Cultural Studies](#)“ von Stuart Hall vom Birmingham Centre for Contemporary Cultural Studies ([BCCCS](#)) sowie [Katrin Amelang und Oliver Schupp](#): „Postkoloniale Theorie und die ‚Spurensuche‘ nach Widerstand“.

Esst mehr Fisch!



Das Foto wurde 1984 in [Rurrenabaque](#) am Rio Mamore in Bolivien gemacht. Ich entschuppe einen frischen Fisch für den Kochtopf.

Schützt endlich unsere Kinder vor dem Internet!

Credits: [Lutz Donnerhacke](#), 1997

„(...) Deshalb fordern wir:

Abschaffung der anonymen Post.

Es darf nicht mehr jedem Verbrecher möglich sein, die Post ohne Gefahr der Erkennung Briefe zu versenden. Deshalb müssen die zahlreichen anonymen Briefkästen abgeschafft werden. Post darf nur noch in Postämtern unter Vorlage einer Identifikation aufgegeben werden. Pseudo-Anonyme „Postfächer“ müssen unter

ausführlicher Angabe von Gründen beantragt werden. Bestehende Postfächer können eventuell einen 9-monatigen Bestandsschutz erhalten.

Verbot der verschlossenen Post.

Ein gesetzestreuer Bürger hat im Rechtsstaat nichts zu verstecken und nichts zu befürchten. Deshalb dürfen nur noch Postkarten oder unverschlossene Briefsendungen verschickt werden. Wer Briefe verschließt, macht sich verdächtig.

Desweiteren muß die Post den Ermittlungsbehörden unbeschränkten Zugang zu der Briefpost gewähren, ohne das die Post Kenntnis von den Zugriffen erlangt. Um dies zu ermöglichen, käme es beispielsweise in Frage, die Bearbeitung der Post in der Zeit von 13:00h bis 21:00h und von 6:00h bis 11:00h ruhen zu lassen. In dieser Zeit müßten die Postbediensteten sich aus den Räumlichkeiten der Briefverteilzentren zurück ziehen und den Ermittlungsbehörden Zugang gewähren.

Verbot der unleserlichen Post.

Es darf nicht sein, daß Gangster unter dem Deckmantel der Individualität in irgendwelchen Sprachen oder Schriftarten kommunizieren um den Ermittlungsbehörden den Zugriff auf ihre Kommunikation unmöglich zu machen. Auch hier sei noch einmal angeführt, daß der gesetzestreue Bürger nichts zu verbergen hat. Wer in einer unleserlichen Handschrift schreibt, muß eine maschinenschriftliche Abschrift seines Briefes beilegen. Mundarten oder fremdes Sprachen in Briefen sind verboten; in Ausnahmefällen können sie jedoch genehmigt werden, wenn der Verwender ein Lexikon oder eine sonstige Übersetzungshilfe für die verwendete Sprache bei der zuständigen Stelle hinterlegt.

Sperrung krimineller Adressen.

Bestimmte Adressen im Schutze des Auslands, auf die die deutsche Strafverfolgung leider keinen Zugriff hat, begehen

permanent Rechtsverstöße. Von der deutschen Bundespost kann deshalb verlangt werden, daß sie jeglichen Briefverkehr an diese Adressen sperrt. „

Die Geheimpapiere der AtomLobby

Schöner Scoop der [taz](#): „Bezahlte Wissenschaftler, instrumentalisierte Frauen: Interne Papiere zeigen, wie die Atomkonzerne und ihre Lobbyorganisation die Öffentlichkeit beeinflusst haben.“

Heute sagt [Baring](#) auf taz-Anfrage, die Lobbyagentur Deekeling Arndt habe ihm beim Verfassen des Textes „zugearbeitet“. Die Agentur habe ihm Informationen zur Verfügung gestellt, von denen er einige in seine Rede eingebaut habe. Die Information über diese Zusammenarbeit lässt er dagegen aus der Rede raus – genau wie die Information, dass er für den Vortrag bezahlt wurde. Die Lobbyagentur bietet den Text auch der Frankfurter Allgemeinen Zeitung an, die den Text einen Tag nach der Rede als Gastbeitrag Barings abdruckt.

Honi soit qui mal y pense.

Sehr hübsch auch [der heutige Artikel](#) über „Professor Dankeschön“ aka „[Joachim Schwalbach](#), Ökonom an der Humboldt Universität Berlin, die zu den angesehensten Universitäten Deutschlands gehört“:

...er sei damals nicht bereit gewesen, ein „Gefälligkeitsgutachten“ zu schreiben. In Kreisen der Energiekonzerne sorgt diese Darstellung für Empörung. Dort wird behauptet: Schwalbachs Zwischenergebnisse seien selbst so

unbelastbar und gefällig gewesen, dass eine Fortführung des Projekts sinnlos und peinlich geworden wäre.

Bruahahahaha.

(Die taz setzt sogar informative Links!! Geht doch!)

Unfähigkeit und Dummheit und Volksverarschung

Der [Spiegelfechter](#) analysiert den so genannten „Schuldenschnitt“ für Griechenland als das, was er ist – eine Volksverarschung, bei der die gewohnt unkritischen und obrigkeitshörigen deutschen Medien kräftig mithelfen. Gleichfalls die [Nachdenkseiten](#).

Offenbar bewerten die Akteure an den Finanzmärkten die Ergebnisse des Gipfels diametral anders als die leider wieder einmal vollkommen unkritischen Medien. Man sollte sich nicht von der PR der Bankenlobby ins Bockshorn jagen lassen. Der Finanzsektor zählt ganz klar zu den Gewinnern des Gipfels.

Ähnlich die [Nachdenkseiten](#).

Es wurde vielmehr gar kein Schuldenschnitt – in welcher Höhe auch immer – beschlossen, sondern lediglich angekündigt, dass man die Banken und Versicherungen zu Verhandlungen einlädt, an deren Ende ein Anleihentausch stattfinden soll, bei dem die Institute auf freiwilliger Basis ihre Griechenlandanleihen gegen andere Anleihen eintauschen können. Dabei sollen sie – so die Absichtserklärung – einen Nominalwert von 50% abschreiben.

Die Pointe kommt kurz darauf:

Was für die Banken ein Grund zur Freude ist, hilft den Griechen kein Jota weiter. Wie die Eurozone es schaffen will, die griechische Gesamtverschuldung auf 120% des BIP zu drücken, bleibt wohl das ewige Geheimnis der Regierungschefs. Ein solch hoher Schuldenabbau wäre nur möglich, wenn ein echter Schuldenschnitt in substantieller Höhe stattfinden würde. Davon wären jedoch auch die Kredite der Eurostaaten, der EU und die Zentralbanken betroffen, die momentan Griechenlandanleihen im Wert von rund 63 Mrd. Euro halten.

Wie ich schon [sagte](#): „Rettungsschirm‘ (...) Dabei handelt es sich weder um eine Rettung Griechenlands, sondern um die Ausplünderung des Landes, noch um einen Schirm, sondern darum, dass die Gelder der Steuerzahler den französischen und deutschen Banken in den Rachen geworfen wird.

[Felix Leitner](#) fasst das so zusammen: *Der Punkt dabei ist, dass die Anleihen ja den Preisverfall bereits eingepreist haben. Eine als Beispiel genannte Anleihe von 2007 hat einen Nominalwert von 100 Euro, wird aktuell aber mit ca 30 Euro gehandelt, d.h. zum Marktwert bilanziert wäre das eine Abschreibung von 70%, und jetzt können sie das gegen Anleihen umtauschen, die nur 50% abschreiben. Mit anderen Worten: ein Geldgeschenk für die Banken, auf Kosten des Steuerzahlers.*

Mir gefallen auch die Kommentare des Publikums beim Spiegelfechter: „Warum wird das in den klassischen Medien nicht korrekt dargestellt ? Sind das alles Laien in den Redaktionsstuben?“ – „Ich denke, sie sind a) faul und b) personell nicht gut ausgestattet. Das soll jetzt nicht arrogant klingen, aber die Zahl der Journalisten der großen Zeitungen, die sich bei Finanzthemen überhaupt so gut auskennen, dass sie sich wagen, den Agenturen zu widersprechen, ist sehr klein.“ – „Es liegt bei Merkel keine Lügerei vor – nur Unfähigkeit und genau so ist es bei der SPD- und der Grünen-Führung. Dummheit herrscht im Bundestag vor.“

Quod erat demonstrandum.

Dieses Geheimgremium ist in deinem Parlament nicht verfügbar



Das Bundesverfassungsgericht hat eine Einstweilige Verfügung gegen den deutschen Bundestag [erlassen](#). Das muss man sich mal vorstellen.

Die SPD-Bundestagsabgeordneten [Peter Danckert](#) und [Sven Schulz](#) hatten gegen ein Sondergremium [geklagt](#):

Im Bundestag sitzen 598 Abgeordnete, und 596 lassen es sich gefallen, dass ein geheimes Gremium darüber entscheidet, dass europäischen Banken Milliarden von Steuergeldern in den Rachen geworfen werden und dass sich die staatlichen Subventionen für Banken auch noch als „Hilfe“ für Griechenland kostümiert. „Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus“ – dieses entsetzliche Neusprech des Ministeriums für Wahrheit hätte sich George Orwell gar nicht besser ausdenken können.

Das ist doch Comedy, wenn es nicht so traurig wäre. Die Entscheidung wirft ein bezeichnendes Bild auf die Verkommenheit der politischen Kaste, die sich als Vollstreckerin des Volkswillens ausgibt.

Immer wenn die Deutschen eine [Sonderbehandlung](#) planen, ist etwas faul. So auch hier. Das Bundesverfassungsgericht (Lob und Preis sei ihm!) hat entschieden:

Die in § 3 Absatz 1 des Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus vom 22. Mai 2010 (Bundesgesetzblatt I Seite 627) in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 9. Oktober 2011 (Bundesgesetzblatt I Seite 1992) bezeichneten Beteiligungsrechte des Deutschen Bundestages dürfen bis zu einer Entscheidung in der Hauptsache nicht von dem in § 3 Absatz 3 des Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus vorgesehenen Gremium wahrgenommen werden.

Nicht. Nix da. Gar nicht erlaubt. Wenn Geld zum Fenster hinausgeworfen wird, muss immerhin der Bundestag formal zustimmen. Die Bundesregierung sieht das offenbar anders und wollte die Banken-Subvention aka „Hilfe für Griechenland“ im Geheimen durch ein Sondergremium abnicken lassen.

By the way: [Spiegel Offline](#) entblödet sich nicht, nur auf sich selbst zu verlinken anstatt auf die [Pressemitteilung](#) des Bundesverfassungsgerichts oder das [Original](#) der Entscheidung. Wie dumm und faul und ignorant muss man eigentlich sein, um das unter „Online-Journalismus“ zu verstehen?

Die Vorratsdatenspeicherung kommt

[Heise](#): „Die EU-Kommission hat Deutschland und Rumänien eine Frist von zwei Monaten gesetzt, um die Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung umzusetzen“.

Weiss oder nicht weiss, das ist hier nicht mehr die Frage



Ihr habt es so [entschieden](#). Ich kann noch nicht drauftreten.
Wie komm ich jetzt in mein Schlafzimmer?

Der Zweck heiligt alle Mittel

[Presseveröffentlichung](#) des CCC über den neuen „Staatstrojaner“:

Die Verantwortlichen für die Konzeptionierung, den Einsatz und die Überprüfung dieser Trojaner lassen den notwendigen Respekt vor dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahr 2008 sowie eine ausreichende technische und rechtliche Ausbildung vermissen. Wer solch grundgesetzwidrige Vorgehensweise nach der Maxime ‚der Zweck heiligt die Mittel‘ nicht nur billigt, sondern fortzuführen plant, hat in verantwortlicher Position in einem Rechtsstaat nichts verloren.

Das kümmert Ziercke und Konsorten aber einen Dreck.

Auf dem Weg zur Einheitsfront

„In der deutschen Politik setzt sich eine Uniformierung des Denkens durch“, schreibt [Franz Walter](#) ganz richtig. Jetzt erst? Ist doch schon längst so.

Man muss sich nur ansehen, wie deutsche Journalisten kritiklos das Neusprech des Ministeriums für Wahrheit übernehmen: „Rettungsschirm“, schreiben und sagen sie. Dabei handelt es sich weder um eine Rettung Griechenlands, sondern um die Ausplünderung des Landes, noch um einen Schirm, sondern darum, dass die Gelder der Steuerzahler den französischen und deutschen Banken in den Rachen geworfen wird.

Wer die Begriffe besetzt, beherrscht die Gedanken.

Keine Ausnahme hinzugefügt



Spiegel online. mit vernünftigen Browser-Einstellungen angesehen.

Terror von rechts für rechts

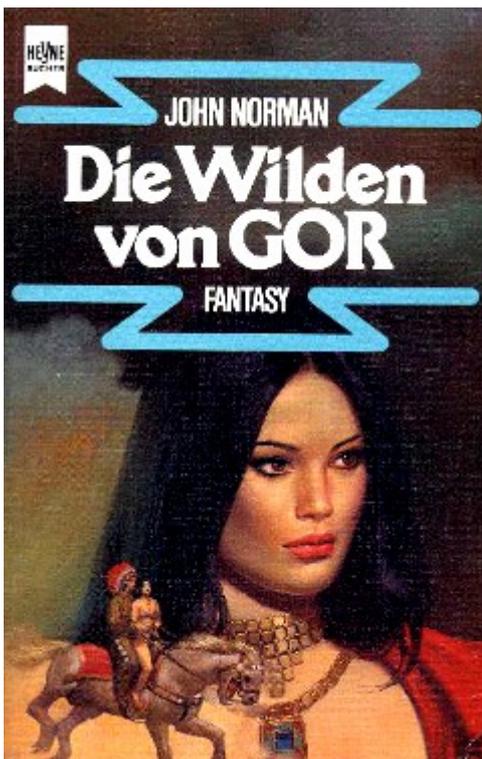
Nur eine kleine Meldung bei [Spiegel Online](#): „Nach Auswertung bislang geheimer Akten durch den SPIEGEL hatte [Gundolf Köhler](#), der beim Oktoberfest 1980 13 Menschen tötete, enge Kontakte zu militanten Neonazis. Mit dem Anschlag sollte wohl außerdem Franz Josef Strauß im Wahlkampf gestärkt werden.“

[Telepolis](#) hat schon vor sechs Jahren darüber geschrieben, aber so etwas wird in den Mainstream-Medien gewöhnlich ignoriert.

Dieses letzte Aufgebot einer korrupten Kasperletruppe

[Feynsinn](#): „Es erinnert stark an Putin und Medwedew, wenn die Sargnägel jeder linken Hoffnung sich im Staatsfernsehen gegenseitig beweihräuchern. Schmidt und Steinbrück sind mir ebenso lupenreine Demokraten und vertrauenswürdige Staatenlenker in einer Finanzkrise wie ihre russischen Genossen im Geiste.“

Zensurweltmeister Deutschland, revisited



Eine der lächerlichsten Institutionen,

die die deutsche Leitkultur je hervorgebracht hat, ist zweifellos die so genannte „[Bundesprüfstelle](#)“ für „jugendgefährdende“ Medien, was auch immer „jugendgefährdend“ sein mag.

Hinter diesem euphemistischen Titel verbirgt sich nichts anderes als die altbekannte Zensur, die sich aber kostümiert hat.

„Jugend“ ist ohnehin ein kulturelles Konstrukt und keine anthropologische Konstante, was wir spätestens seit [Philippe Ariès](#) „Geschichte der Kindheit“ wissen.

Die Jugend muss nicht vor Abbildungen oder Texten „geschützt“ werden, und schon gar nicht vom Staat. „Jugendschutz“ ist aber Moraltheologie – der öffentliche Diskurs darüber sperrt sich somit gegen jede rationale Argumentation.

Bei [Pornoanwalt.de](#) lesen wir über die aktuelle Situation: „Deutsche Suchmaschinen sperren mehr als 2.500 Websites, welche von der Bundesprüfstelle (BPjM) indiziert wurden.“ Deswegen benutze ich auch nie deutsche Suchmaschinen, weil deren Betreiber ein gutes Beispiel für den vorausseilenden Gehorsam sind, der den Deutschen an sich auszeichnet und dem Heinrich Mann mit dem Roman „[Der Untertan](#)“ ein literarisches Denkmal gesetzt hat.

Niemand weiß, nach welchen wissenschaftlichen (!) Kriterien die schmallippigen „Prüfer“ entscheiden, was die „Entwicklung“ von Jugendlichen „beeinträchtigt“. Ich ahne es: Es ist das so genannte „gesunde“ Volksempfinden, das bei denen offenbar die 68-er Jahre verschlafen hat und noch in der Adenauer-Ära steckengeblieben ist.

Man muss sich diesen Quatsch nur einmal ansehen:

John Norman, Die Wilden von Gor, Taschenbuch Nr.4195, Reihe Fantasy Wilhelm Heyne Verlag, München, indiziert durch Entscheidung Nr. 2681 (V) vom 16. September 1986, bekannt

*gemacht im Bundesanzeiger Nr. 181 vom 30. September 1986.
Das Buch wird aus der Liste der jugendgefährdenden Medien
gestrichen.*

Entscheidung Nr. A 213/11 vom 22. August 2011 (Pr.603/11).

2011! Dieses Buch des US-amerikanischen Bestsellerautors (Trash, zugegeben!) steht in den USA in jeder Bibliothek. Und die so genannte „Bundesprüfstelle“ entscheidet hierzulande **in diesem Jahr**, dass die (ohnehin zensierte und harmlose) deutsche Übersetzung der Jugend zugänglich gemacht werden darf. Ja, in welchem Jahrhundert leben wir denn?

Ich habe mich entschlossen, nur noch Parteien zu wählen, denn ich zutraue zu fordern, dass diese unsägliche „Bundesprüfstelle“ ersatzlos abgewickelt wird.

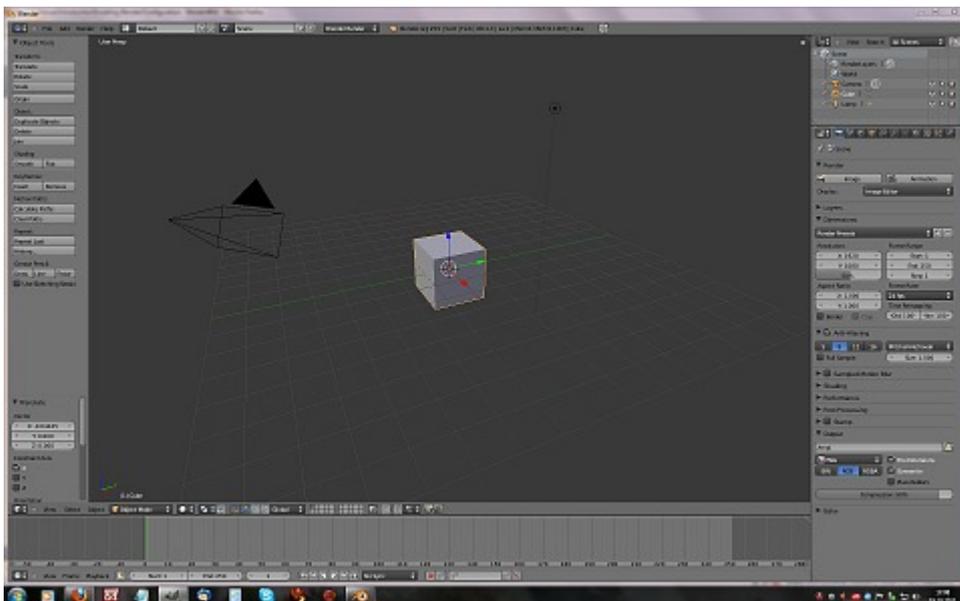
Das Ministerium für Wahrheit informiert

CSU-Innenpolitiker Uhl [fordert](#) Trojaner-KZ.

staatstrojaner.exe



Blender RTFM



Guckst du [hier](#): „[Blender](#) ist eine freie (mit der GPL lizenzierte) 3D-Grafik-Software. Sie enthält Funktionen, um dreidimensionale Körper zu modellieren, sie zu texturieren, zu animieren und zu rendern. Blender besitzt einen eingebauten

Videoschnitteditor und eine Spiel-Engine. Die sehr aktive Entwicklung hat zu einem großen und sich ständig erweiternden Funktionsumfang geführt, der z. B. die Simulation von Flüssigkeiten und Compositing einschließt. Als Skriptsprache wird Python benutzt.“

Ich brauche das, um 3D-Objekte in Second Life herzustellen. Allerdings bringt mich das *fucking manual* (jetzt werden mich deutsche Bibliotheken und schmallippige Jugendschutzwarte wieder filtern wegen „obszöner“ und „aggressiver“ Sprache – die sittlich gefährdete Jugend muss vor burks.de geschützt werden!) zur Verzweiflung.

Zu viele Online-Freunde

„Zudem, [so die Forscher](#), könnten zu viele Online-Freunde im Extremfall zu Schädelrissen oder sogenannten Facebook-Stirnwülsten führen.“

PiratenPix

Bilder und Portraits der VIPs der Berliner Piratenpartei gibt es [hier](#). Ganz viele Piraten-Pix gibt es [hier](#) und [hier](#).

Kinder werden seltener Opfer von Sextätern

Via [Kritik und Kunst](#) und [Deutsche Welle](#): „Sexueller Kindesmissbrauch geht laut einer repräsentativen Studie in Deutschland deutlich zurück. Die gefühlte Kriminalitätstemperatur liegt demnach gravierend neben der Wirklichkeit.“